

## Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht)

### Änderung vom 5. Oktober 1984

---

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 11. Juli 1979<sup>1)</sup>,  
beschliesst:

I

1. Der fünfte und sechste Titel des Zivilgesetzbuches<sup>2)</sup> werden wie folgt geändert:

#### Fünfter Titel: Die Wirkungen der Ehe im allgemeinen

##### Art. 159

A. Eheliche  
Gemeinschaft;  
Rechte und  
Pflichten der  
Ehegatten

<sup>1</sup> Durch die Trauung werden die Ehegatten zur ehelichen Gemeinschaft verbunden.

<sup>2</sup> Sie verpflichten sich gegenseitig, das Wohl der Gemeinschaft in einträchtigem Zusammenwirken zu wahren und für die Kinder gemeinsam zu sorgen.

<sup>3</sup> Sie schulden einander Treue und Beistand.

##### Art. 160

B. Familien-  
name

<sup>1</sup> Der Name des Ehemannes ist der Familienname der Ehegatten.

<sup>2</sup> Die Braut kann jedoch gegenüber dem Zivilstandsbeamten erklären, sie wolle ihren bisherigen Namen dem Familiennamen voranstellen.

<sup>3</sup> Trägt sie bereits einen solchen Doppelnamen, so kann sie lediglich den ersten Namen voranstellen.

##### Art. 161

C. Bürgerrecht

Die Ehefrau erhält das Bürgerrecht des Ehemannes, ohne das Bürgerrecht zu verlieren, das sie als ledig hatte.

<sup>1)</sup> BBl 1979 II 1191

<sup>2)</sup> SR 210

*Art. 162*

D. Eheliche  
Wohnung

Die Ehegatten bestimmen gemeinsam die eheliche Wohnung.

*Art. 163*

E. Unterhalt der  
Familie  
I. Im allgemei-  
nen

<sup>1</sup> Die Ehegatten sorgen gemeinsam, ein jeder nach seinen Kräften, für den gebührenden Unterhalt der Familie.

<sup>2</sup> Sie verständigen sich über den Beitrag, den jeder von ihnen leistet, namentlich durch Geldzahlungen, Besorgen des Haushaltes, Betreuen der Kinder oder durch Mithilfe im Beruf oder Gewerbe des andern.

<sup>3</sup> Dabei berücksichtigen sie die Bedürfnisse der ehelichen Gemeinschaft und ihre persönlichen Umstände.

*Art. 164*

II. Betrag zur  
freien Verfügung

<sup>1</sup> Der Ehegatte, der den Haushalt besorgt, die Kinder betreut oder dem andern im Beruf oder Gewerbe hilft, hat Anspruch darauf, dass der andere ihm regelmässig einen angemessenen Betrag zur freien Verfügung ausrichtet.

<sup>2</sup> Bei der Festsetzung des Betrages sind eigene Einkünfte des berechtigten Ehegatten und eine verantwortungsbewusste Vorsorge für Familie, Beruf oder Gewerbe zu berücksichtigen.

*Art. 165*

III. Ausser-  
ordentliche  
Beiträge eines  
Ehegatten

<sup>1</sup> Hat ein Ehegatte im Beruf oder Gewerbe des andern erheblich mehr mitgearbeitet, als sein Beitrag an den Unterhalt der Familie verlangt, so hat er dafür Anspruch auf angemessene Entschädigung.

<sup>2</sup> Dies gilt auch, wenn ein Ehegatte aus seinem Einkommen oder Vermögen an den Unterhalt der Familie bedeutend mehr beigetragen hat, als er verpflichtet war.

<sup>3</sup> Ein Ehegatte kann aber keine Entschädigung fordern, wenn er seinen ausserordentlichen Beitrag aufgrund eines Arbeits-, Darlehens- oder Gesellschaftsvertrages oder eines andern Rechtsverhältnisses geleistet hat.

*Art. 166*

F. Vertretung  
der ehelichen  
Gemeinschaft

<sup>1</sup> Jeder Ehegatte vertritt während des Zusammenlebens die eheliche Gemeinschaft für die laufenden Bedürfnisse der Familie.

<sup>2</sup> Für die übrigen Bedürfnisse der Familie kann ein Ehegatte die eheliche Gemeinschaft nur vertreten:

1. wenn er vom andern oder vom Richter dazu ermächtigt worden ist;
2. wenn das Interesse der ehelichen Gemeinschaft keinen Aufschub des Geschäftes duldet und der andere Ehegatte wegen Krankheit, Abwesenheit oder ähnlichen Gründen nicht zustimmen kann.

<sup>3</sup> Jeder Ehegatte verpflichtet sich durch seine Handlungen persönlich und, soweit diese nicht für Dritte erkennbar über die Vertretungsbefugnis hinausgehen, solidarisch auch den andern Ehegatten.

*Art. 167*

G. Beruf und  
Gewerbe der  
Ehegatten

Bei der Wahl und Ausübung seines Berufes oder Gewerbes nimmt jeder Ehegatte auf den andern und das Wohl der ehelichen Gemeinschaft Rücksicht.

*Art. 168*

H. Rechts-  
geschäfte der  
Ehegatten  
I. Im allge-  
meinen

Jeder Ehegatte kann mit dem andern oder mit Dritten Rechtsgeschäfte abschliessen, sofern das Gesetz nichts anderes bestimmt.

*Art. 169*

II. Wohnung der  
Familie

<sup>1</sup> Ein Ehegatte kann nur mit der ausdrücklichen Zustimmung des andern einen Mietvertrag kündigen, das Haus oder die Wohnung der Familie veräussern oder durch andere Rechtsgeschäfte die Rechte an den Wohnräumen der Familie beschränken.

<sup>2</sup> Kann der Ehegatte diese Zustimmung nicht einholen oder wird sie ihm ohne triftigen Grund verweigert, so kann er den Richter anrufen.

*Art. 170*

J. Auskunfts-  
pflicht

<sup>1</sup> Jeder Ehegatte kann vom andern Auskunft über dessen Einkommen, Vermögen und Schulden verlangen.

<sup>2</sup> Auf sein Begehren kann der Richter den andern Ehegatten oder Dritte verpflichten, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die notwendigen Urkunden vorzulegen.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleibt das Berufsgeheimnis der Rechtsanwälte, Notare, Ärzte, Geistlichen und ihrer Hilfspersonen.

*Art. 171*

K. Schutz der ehelichen Gemeinschaft  
I. Beratungsstellen

Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Ehegatten bei Eheschwierigkeiten gemeinsam oder einzeln an Ehe- oder Familienberatungsstellen wenden können.

*Art. 172*

II. Richterliche Massnahmen  
1. Im allgemeinen

<sup>1</sup> Erfüllt ein Ehegatte seine Pflichten gegenüber der Familie nicht oder sind die Ehegatten in einer für die eheliche Gemeinschaft wichtigen Angelegenheit uneinig, so können sie gemeinsam oder einzeln den Richter um Vermittlung anrufen.

<sup>2</sup> Der Richter mahnt die Ehegatten an ihre Pflichten und versucht, sie zu versöhnen; er kann mit ihrem Einverständnis Sachverständige beiziehen oder sie an eine Ehe- oder Familienberatungsstelle weisen.

<sup>3</sup> Wenn nötig trifft der Richter auf Begehren eines Ehegatten die vom Gesetz vorgesehenen Massnahmen.

*Art. 173*

2. Während des Zusammenlebens  
a. Geldleistungen

<sup>1</sup> Auf Begehren eines Ehegatten setzt der Richter die Geldbeiträge an den Unterhalt der Familie fest.

<sup>2</sup> Ebenso setzt er auf Begehren eines Ehegatten den Betrag für den Ehegatten fest, der den Haushalt besorgt, die Kinder betreut oder dem andern im Beruf oder Gewerbe hilft.

<sup>3</sup> Die Leistungen können für die Zukunft und für das Jahr vor Einreichung des Begehrens gefordert werden.

*Art. 174*

b. Entzug der Vertretungsbefugnis

<sup>1</sup> Überschreitet ein Ehegatte seine Befugnis zur Vertretung der ehelichen Gemeinschaft oder erweist er sich als unfähig, sie auszuüben, so kann ihm der Richter auf Begehren des andern die Vertretungsbefugnis ganz oder teilweise entziehen.

<sup>2</sup> Der Ehegatte, der das Begehren stellt, darf Dritten den Entzug nur durch persönliche Mitteilung bekanntgeben.

<sup>3</sup> Gutgläubigen Dritten gegenüber ist der Entzug nur wirksam, wenn er auf Anordnung des Richters veröffentlicht worden ist.

*Art. 175*

3. Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes  
a. Gründe

Ein Ehegatte ist berechtigt, den gemeinsamen Haushalt für so lange aufzuheben, als seine Persönlichkeit, seine wirtschaftliche Sicherheit oder das Wohl der Familie durch das Zusammenleben ernstlich gefährdet ist.

*Art. 176*

b. Regelung des  
Getrenntlebens

<sup>1</sup> Ist die Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes begründet, so muss der Richter auf Begehren eines Ehegatten:

1. die Geldbeiträge, die der eine Ehegatte dem andern schuldet, festsetzen;
2. die Benützung der Wohnung und des Hausrates regeln;
3. die Gütertrennung anordnen, wenn es die Umstände rechtfertigen.

<sup>2</sup> Diese Begehren kann ein Ehegatte auch stellen, wenn das Zusammenleben unmöglich ist, namentlich weil der andere es grundlos ablehnt.

<sup>3</sup> Haben die Ehegatten unmündige Kinder, so trifft der Richter nach den Bestimmungen über die Wirkungen des Kindesverhältnisses die nötigen Massnahmen.

*Art. 177*

4. Anweisungen  
an die Schuld-  
ner

Erfüllt ein Ehegatte seine Unterhaltspflicht gegenüber der Familie nicht, so kann der Richter dessen Schuldner anweisen, ihre Zahlungen ganz oder teilweise dem andern Ehegatten zu leisten.

*Art. 178*

5. Beschränkungen  
der Verfügungs-  
befugnis

<sup>1</sup> Soweit es die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der Familie oder die Erfüllung einer vermögensrechtlichen Verpflichtung aus der ehelichen Gemeinschaft erfordert, kann der Richter auf Begehren eines Ehegatten die Verfügung über bestimmte Vermögenswerte von dessen Zustimmung abhängig machen.

<sup>2</sup> Der Richter trifft die geeigneten sichernden Massnahmen.

<sup>3</sup> Untersagt er einem Ehegatten, über ein Grundstück zu verfügen, lässt er dies von Amtes wegen im Grundbuch anmerken.

*Art. 179*

6. Veränderung  
der Verhältnisse

<sup>1</sup> Verändern sich die Verhältnisse, so passt der Richter auf Begehren eines Ehegatten die Massnahmen an oder hebt sie auf, wenn ihr Grund weggefallen ist.

<sup>2</sup> Nehmen die Ehegatten das Zusammenleben wieder auf, so fallen die für das Getrenntleben angeordneten Massnahmen mit Ausnahme der Gütertrennung dahin.

*Art. 180*

7. Zuständigkeit

<sup>1</sup> Zuständig für Eheschutzmassnahmen ist der Richter am Wohnsitz eines Ehegatten.

<sup>2</sup> Haben die Ehegatten verschiedenen Wohnsitz und verlangen beide Eheschutzmassnahmen, so ist der Richter zuständig, der zuerst angerufen wird.

<sup>3</sup> Für die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung der getroffenen Massnahmen ist der Richter am bisherigen Gerichtsstand zuständig oder, wenn kein Ehegatte seinen Wohnsitz mehr dort hat, der Richter am neuen Wohnsitz eines Ehegatten.

## **Sechster Titel: Das Güterrecht der Ehegatten**

### **Erster Abschnitt: Allgemeine Vorschriften**

#### *Art. 181*

A. Ordentlicher  
Güterstand

Die Ehegatten unterstehen den Vorschriften über die Errungenschaftsbeteiligung, sofern sie nicht durch Ehevertrag etwas anderes vereinbaren oder der ausserordentliche Güterstand eingetreten ist.

#### *Art. 182*

B. Ehevertrag  
I. Inhalt des  
Vertrages

<sup>1</sup> Ein Ehevertrag kann vor oder nach der Heirat geschlossen werden.

<sup>2</sup> Die Brautleute oder Ehegatten können ihren Güterstand nur innerhalb der gesetzlichen Schranken wählen, aufheben oder ändern.

#### *Art. 183*

II. Vertrags-  
fähigkeit

<sup>1</sup> Wer einen Ehevertrag schliessen will, muss urteilsfähig sein.

<sup>2</sup> Unmündige oder Entmündigte brauchen die Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters.

#### *Art. 184*

III. Form des  
Vertrages

Der Ehevertrag muss öffentlich beurkundet und von den vertragschliessenden Personen sowie gegebenenfalls vom gesetzlichen Vertreter unterzeichnet werden.

#### *Art. 185*

C. Ausser-  
ordentlicher  
Güterstand  
I. Auf Begehren  
eines Ehegatten  
1. Anordnung

<sup>1</sup> Die Gütertrennung wird auf Begehren eines Ehegatten vom Richter angeordnet, wenn ein wichtiger Grund dafür vorliegt.

<sup>2</sup> Ein wichtiger Grund liegt namentlich vor:

1. wenn der andere Ehegatte überschuldet ist oder sein Anteil am Gesamtgut gepfändet wird;

2. wenn der andere Ehegatte die Interessen des Gesuchstellers oder der Gemeinschaft gefährdet;
3. wenn der andere Ehegatte in ungerechtfertigter Weise die erforderliche Zustimmung zu einer Verfügung über Gesamtgut verweigert;
4. wenn der andere Ehegatte dem Gesuchsteller die Auskunft über sein Einkommen, sein Vermögen und seine Schulden oder über das Gesamtgut verweigert;
5. wenn der andere Ehegatte dauernd urteilsunfähig ist.

<sup>3</sup> Ist ein Ehegatte dauernd urteilsunfähig, so kann sein gesetzlicher Vertreter auch aus diesem Grund die Anordnung der Gütertrennung verlangen.

*Art. 186*

2. Zuständigkeit    Zuständig ist der Richter am Wohnsitz eines Ehegatten.

*Art. 187*

3. Aufhebung    <sup>1</sup> Die Ehegatten können jederzeit durch Ehevertrag wieder ihren früheren oder einen andern Güterstand vereinbaren.

<sup>2</sup> Ist der Grund der Gütertrennung weggefallen, so kann der Richter auf Begehren eines Ehegatten die Wiederherstellung des früheren Güterstandes anordnen.

*Art. 188*

- II. Bei Konkurs und Pfändung  
1. Bei Konkurs    Wird über einen Ehegatten, der in Gütergemeinschaft lebt, der Konkurs eröffnet, so tritt von Gesetzes wegen Gütertrennung ein.

*Art. 189*

2. Bei Pfändung  
a. Anordnung    Ist ein Ehegatte, der in Gütergemeinschaft lebt, für eine Eigenschuld betrieben und sein Anteil am Gesamtgut gepfändet worden, so kann die Aufsichtsbehörde in Betreibungssachen beim Richter die Anordnung der Gütertrennung verlangen.

*Art. 190*

- b. Zuständigkeit    <sup>1</sup> Das Begehren richtet sich gegen beide Ehegatten.  
<sup>2</sup> Zuständig ist der Richter am Wohnsitz des Schuldners.

*Art. 191*

3. Aufhebung    <sup>1</sup> Sind die Gläubiger befriedigt, so kann der Richter auf Begehren eines Ehegatten die Wiederherstellung der Gütergemeinschaft anordnen.

<sup>2</sup> Die Ehegatten können durch Ehevertrag Errungenschaftsbeteiligung vereinbaren.

*Art. 192*

III. Güterrechtliche Auseinandersetzung

Tritt Gütertrennung ein, so gelten für die güterrechtliche Auseinandersetzung die Bestimmungen des bisherigen Güterstandes, sofern das Gesetz nichts anderes bestimmt.

*Art. 193*

D. Schutz der Gläubiger

<sup>1</sup> Durch Begründung oder Änderung des Güterstandes oder durch güterrechtliche Auseinandersetzungen kann ein Vermögen, aus dem bis anhin die Gläubiger eines Ehegatten oder der Gemeinschaft Befriedigung verlangen konnten, dieser Haftung nicht entzogen werden.

<sup>2</sup> Ist ein solches Vermögen auf einen Ehegatten übergegangen, so hat er die Schulden zu bezahlen, kann sich aber von dieser Haftung so weit befreien, als er nachweist, dass das empfangene Vermögen hiezu nicht ausreicht.

*Art. 194*

E. Zuständigkeit für Klagen über die güterrechtliche Auseinandersetzung

Für Klagen über die güterrechtliche Auseinandersetzung unter den Ehegatten oder ihren Erben ist zuständig:

1. bei Auflösung des Güterstandes durch Tod der Richter am letzten Wohnsitz des Verstorbenen;
2. bei Scheidung, Trennung, Ungültigerklärung der Ehe oder gerichtlicher Gütertrennung der Richter am hiefür geltenden Gerichtsstand;
3. in den übrigen Fällen der Richter am Wohnsitz des beklagten Ehegatten.

*Art. 195*

F. Verwaltung des Vermögens eines Ehegatten durch den andern

<sup>1</sup> Hat ein Ehegatte dem andern ausdrücklich oder stillschweigend die Verwaltung seines Vermögens überlassen, so gelten die Bestimmungen über den Auftrag, sofern nichts anderes vereinbart ist.

<sup>2</sup> Die Bestimmungen über die Tilgung von Schulden zwischen Ehegatten bleiben vorbehalten.

*Art. 195a*

G. Inventar

<sup>1</sup> Jeder Ehegatte kann jederzeit vom andern verlangen, dass er bei der Aufnahme eines Inventars ihrer Vermögenswerte mit öffentlicher Urkunde mitwirkt.



<sup>2</sup> Ein solches Inventar wird als richtig vermutet, wenn es binnen eines Jahres seit Einbringen der Vermögenswerte errichtet wurde.

## Zweiter Abschnitt:

### Der ordentliche Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung

#### Art. 196

A. Eigentums-  
verhältnisse  
I. Zusammen-  
setzung

Der Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung umfasst die Errungenschaft und das Eigengut jedes Ehegatten.

#### Art. 197

II. Errungen-  
schaft

<sup>1</sup> Errungenschaft sind die Vermögenswerte, die ein Ehegatte während der Dauer des Güterstandes entgeltlich erwirbt.

<sup>2</sup> Die Errungenschaft eines Ehegatten umfasst insbesondere:

1. seinen Arbeitserwerb;
2. die Leistungen von Personalfürsorgeeinrichtungen, Sozialversicherungen und Sozialfürsorgeeinrichtungen;
3. die Entschädigungen wegen Arbeitsunfähigkeit;
4. die Erträge seines Eigengutes;
5. Ersatzanschaffungen für Errungenschaft.

#### Art. 198

III. Eigengut  
1. Nach Gesetz

Eigengut sind von Gesetzes wegen:

1. die Gegenstände, die einem Ehegatten ausschliesslich zum persönlichen Gebrauch dienen;
2. die Vermögenswerte, die einem Ehegatten zu Beginn des Güterstandes gehören oder ihm später durch Erbgang oder sonstige unentgeltlich zufallen;
3. Genugtuungsansprüche;
4. Ersatzanschaffungen für Eigengut.

#### Art. 199

2. Nach  
Ehevertrag

<sup>1</sup> Die Ehegatten können durch Ehevertrag Vermögenswerte der Errungenschaft, die für die Ausübung eines Berufes oder den Betrieb eines Gewerbes bestimmt sind, zu Eigengut erklären.

<sup>2</sup> Überdies können die Ehegatten durch Ehevertrag vereinbaren, dass Erträge aus dem Eigengut nicht in die Errungenschaft fallen.

*Art. 200*

IV. Beweis

<sup>1</sup> Wer behauptet, ein bestimmter Vermögenswert sei Eigentum des einen oder andern Ehegatten, muss dies beweisen.

<sup>2</sup> Kann dieser Beweis nicht erbracht werden, so wird Miteigentum beider Ehegatten angenommen.

<sup>3</sup> Alles Vermögen eines Ehegatten gilt bis zum Beweis des Gegenteils als Errungenschaft.

*Art. 201*

B. Verwaltung, Nutzung und Verfügung

<sup>1</sup> Innerhalb der gesetzlichen Schranken verwaltet und nutzt jeder Ehegatte seine Errungenschaft und sein Eigengut und verfügt darüber.

<sup>2</sup> Steht ein Vermögenswert im Miteigentum beider Ehegatten, so kann kein Ehegatte ohne die Zustimmung des andern über seinen Anteil verfügen, sofern nichts anderes vereinbart ist.

*Art. 202*

C. Haftung gegenüber Dritten

Jeder Ehegatte haftet für seine Schulden mit seinem gesamten Vermögen.

*Art. 203*

D. Schulden zwischen Ehegatten

<sup>1</sup> Der Güterstand hat keinen Einfluss auf die Fälligkeit von Schulden zwischen Ehegatten.

<sup>2</sup> Bereitet indessen die Zahlung von Geldschulden oder die Erstattung geschuldeter Sachen dem verpflichteten Ehegatten ernstliche Schwierigkeiten, welche die eheliche Gemeinschaft gefährden, so kann er verlangen, dass ihm Fristen eingeräumt werden; die Forderung ist sicherzustellen, wenn es die Umstände rechtfertigen.

*Art. 204*

E. Auflösung des Güterstandes und Auseinandersetzung  
I. Zeitpunkt der Auflösung

<sup>1</sup> Der Güterstand wird mit dem Tod eines Ehegatten oder mit der Vereinbarung eines andern Güterstandes aufgelöst.

<sup>2</sup> Bei Scheidung, Trennung, Ungültigerklärung der Ehe oder gerichtlicher Anordnung der Gütertrennung wird die Auflösung des Güterstandes auf den Tag zurückbezogen, an dem das Begehren eingereicht worden ist.

*Art. 205*

II. Rücknahme von Vermögenswerten und Regelung der Schulden  
I. Im allgemeinen

<sup>1</sup> Jeder Ehegatte nimmt seine Vermögenswerte zurück, die sich im Besitz des andern Ehegatten befinden.

<sup>2</sup> Steht ein Vermögenswert im Miteigentum und weist ein Ehegatte ein überwiegendes Interesse nach, so kann er neben den übrigen gesetzlichen Massnahmen verlangen, dass ihm dieser Vermögenswert gegen Entschädigung des andern Ehegatten ungeteilt zugewiesen wird.

<sup>3</sup> Die Ehegatten regeln ihre gegenseitigen Schulden.

#### Art. 206

2. Mehrwertanteil des Ehegatten

<sup>1</sup> Hat ein Ehegatte zum Erwerb, zur Verbesserung oder zur Erhaltung von Vermögensgegenständen des andern ohne entsprechende Gegenleistung beigetragen und besteht im Zeitpunkt der Auseinandersetzung ein Mehrwert, so entspricht seine Forderung dem Anteil seines Beitrages und wird nach dem gegenwärtigen Wert der Vermögensgegenstände berechnet; ist dagegen ein Minderwert eingetreten, so entspricht die Forderung dem ursprünglichen Beitrag.

<sup>2</sup> Ist einer dieser Vermögensgegenstände vorher veräussert worden, so berechnet sich die Forderung nach dem bei der Veräusserung erzielten Erlös und wird sofort fällig.

<sup>3</sup> Die Ehegatten können durch schriftliche Vereinbarung den Mehrwertanteil ausschliessen oder ändern.

#### Art. 207

III. Berechnung des Vorschlages jedes Ehegatten  
1. Ausscheidung der Errungenschaft und des Eigengutes

<sup>1</sup> Errungenschaft und Eigengut jedes Ehegatten werden nach ihrem Bestand im Zeitpunkt der Auflösung des Güterstandes ausgetrennt.

<sup>2</sup> Die Kapitaleistung, die ein Ehegatte von einer Vorsorgeeinrichtung oder wegen Arbeitsunfähigkeit erhalten hat, wird im Betrag des Kapitalwertes der Rente, die dem Ehegatten bei Auflösung des Güterstandes zustünde, dem Eigengut zugerechnet.

#### Art. 208

2. Hinzurechnung

<sup>1</sup> Zur Errungenschaft hinzugerechnet werden:

1. unentgeltliche Zuwendungen, die ein Ehegatte während der letzten fünf Jahre vor Auflösung des Güterstandes ohne Zustimmung des andern Ehegatten gemacht hat, ausgenommen die üblichen Gelegenheitsgeschenke;
2. Vermögensentäusserungen, die ein Ehegatte während der Dauer des Güterstandes vorgenommen hat, um den Beteiligungsanspruch des andern zu schmälern.

<sup>2</sup> Bei Streitigkeiten über solche Zuwendungen oder Entäusserungen kann das Urteil dem begünstigten Dritten entgegengehalten werden, wenn ihm der Streit verkündet worden ist.

*Art. 209*

3. Ersatzforderungen zwischen Errungenschaft und Eigengut

<sup>1</sup> Sind Schulden der Errungenschaft aus dem Eigengut oder Schulden des Eigengutes aus der Errungenschaft eines Ehegatten bezahlt worden, so besteht bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung eine Ersatzforderung.

<sup>2</sup> Eine Schuld belastet die Vermögensmasse, mit welcher sie sachlich zusammenhängt, im Zweifel aber die Errungenschaft.

<sup>3</sup> Haben Mittel der einen Vermögensmasse zum Erwerb, zur Verbesserung oder zur Erhaltung von Vermögensgegenständen der andern beigetragen und ist ein Mehr- oder ein Minderwert eingetreten, so entspricht die Ersatzforderung dem Anteil des Beitrages und wird nach dem Wert der Vermögensgegenstände im Zeitpunkt der Auseinandersetzung oder der Veräusserung berechnet.

*Art. 210*

4. Vorschlag

<sup>1</sup> Was vom Gesamtwert der Errungenschaft, einschliesslich der hinzugerechneten Vermögenswerte und der Ersatzforderungen, nach Abzug der auf ihr lastenden Schulden verbleibt, bildet den Vorschlag.

<sup>2</sup> Ein Rückschlag wird nicht berücksichtigt.

*Art. 211*

IV. Wertbestimmung  
1. Verkehrswert

Bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung sind die Vermögensgegenstände zu ihrem Verkehrswert einzusetzen.

*Art. 212*

2. Ertragswert  
a. Im allgemeinen

<sup>1</sup> Ein landwirtschaftliches Gewerbe, das ein Ehegatte als Eigentümer selber weiterbewirtschaftet oder für das der überlebende Ehegatte oder ein Nachkomme begründet Anspruch auf ungeteilte Zuweisung erhebt, ist bei Berechnung des Mehrwertanteils und der Beteiligungsforderung zum Ertragswert einzusetzen.

<sup>2</sup> Der Eigentümer des landwirtschaftlichen Gewerbes oder seine Erben können gegenüber dem andern Ehegatten als Mehrwertanteil oder als Beteiligungsforderung nur den Betrag geltend machen, den sie bei Anrechnung des Gewerbes zum Verkehrswert erhielten.

<sup>3</sup> Die erbrechtlichen Bestimmungen über die Bewertung und über den Anteil der Miterben am Gewinn gelten sinngemäss.

*Art. 213*

b. Besondere Umstände

<sup>1</sup> Der Anrechnungswert kann angemessen erhöht werden, wenn besondere Umstände es rechtfertigen.

<sup>2</sup> Als besondere Umstände gelten insbesondere die Unterhaltsbedürfnisse des überlebenden Ehegatten, der Ankaufspreis des landwirtschaftlichen Gewerbes einschliesslich der Investitionen oder die Vermögensverhältnisse des Ehegatten, dem das landwirtschaftliche Gewerbe gehört.

*Art. 214*

3. Massgebender Zeitpunkt

<sup>1</sup> Massgebend für den Wert der bei der Auflösung des Güterstandes vorhandenen Errungenschaft ist der Zeitpunkt der Auseinandersetzung.

<sup>2</sup> Für Vermögenswerte, die zur Errungenschaft hinzugerechnet werden, ist der Zeitpunkt massgebend, in dem sie veräussert worden sind.

*Art. 215*

V. Beteiligung am Vorschlag  
1. Nach Gesetz

<sup>1</sup> Jedem Ehegatten oder seinen Erben steht die Hälfte des Vorschlages des andern zu.

<sup>2</sup> Die Forderungen werden verrechnet.

*Art. 216*

2. Nach Vertrag  
a. Im allgemeinen

<sup>1</sup> Durch Ehevertrag kann eine andere Beteiligung am Vorschlag vereinbart werden.

<sup>2</sup> Solche Vereinbarungen dürfen die Pflichtteilsansprüche der nichtgemeinsamen Kinder und deren Nachkommen nicht beeinträchtigen.

*Art. 217*

b. Bei Scheidung, Trennung, Ungültigerklärung der Ehe oder gerichtlicher Anordnung der Gütertrennung

Bei Scheidung, Trennung, Ungültigerklärung der Ehe oder gerichtlicher Anordnung der Gütertrennung gelten Vereinbarungen über die Änderung der gesetzlichen Beteiligung am Vorschlag nur, wenn der Ehevertrag dies ausdrücklich vorsieht.

*Art. 218*

VI. Bezahlung  
der Beteiligungs-  
forderung und  
des Mehrwert-  
anteils  
1. Zahlungsauf-  
schub

<sup>1</sup> Bringt die sofortige Bezahlung der Beteiligungsforderung und des Mehrwertanteils den verpflichteten Ehegatten in ernstliche Schwierigkeiten, so kann er verlangen, dass ihm Zahlungsfristen eingeräumt werden.

<sup>2</sup> Die Beteiligungsforderung und der Mehrwertanteil sind, soweit die Parteien nichts anderes vereinbaren, vom Abschluss der Auseinandersetzung an zu verzinsen und, wenn es die Umstände rechtfertigen, sicherzustellen.

*Art. 219*

2. Wohnung und  
Hausrat

<sup>1</sup> Damit der überlebende Ehegatte seine bisherige Lebensweise beibehalten kann, wird ihm auf sein Verlangen am Haus oder an der Wohnung, worin die Ehegatten gelebt haben und die dem verstorbenen Ehegatten gehört hat, die Nutzniessung oder ein Wohnrecht auf Anrechnung zugeteilt; vorbehalten bleibt eine andere ehevertragliche Regelung.

<sup>2</sup> Unter den gleichen Voraussetzungen kann er die Zuteilung des Eigentums am Hausrat verlangen.

<sup>3</sup> Wo die Umstände es rechtfertigen, kann auf Verlangen des überlebenden Ehegatten oder der andern gesetzlichen Erben des Verstorbenen statt der Nutzniessung oder des Wohnrechts das Eigentum am Haus oder an der Wohnung eingeräumt werden.

<sup>4</sup> An Räumlichkeiten, in denen der Erblasser einen Beruf ausübte oder ein Gewerbe betrieb und die ein Nachkomme zu dessen Weiterführung benötigt, kann der überlebende Ehegatte diese Rechte nicht beanspruchen; die Vorschriften des bürgerlichen Erbrechts bleiben vorbehalten.

*Art. 220*

3. Klage gegen  
Dritte

<sup>1</sup> Deckt das Vermögen des verpflichteten Ehegatten oder seine Erbschaft bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung die Beteiligungsforderung nicht, so können der berechtigte Ehegatte oder seine Erben Zuwendungen, die der Errungenschaft hinzuzurechnen sind, bis zur Höhe des Fehlbetrages bei den begünstigten Dritten einfordern.

<sup>2</sup> Das Klagerecht erlischt ein Jahr nachdem der Ehegatte oder seine Erben von der Verletzung ihrer Rechte Kenntnis erhalten haben, in jedem Fall aber zehn Jahre nach der Auflösung des Güterstandes.

<sup>3</sup> Im übrigen gelten sinngemäss die Bestimmungen über die erbrechtliche Herabsetzungsklage, ausgenommen diejenigen über den Gerichtsstand.

### Dritter Abschnitt: Die Gütergemeinschaft

#### Art. 221

A. Eigentums-  
verhältnisse  
I. Zusammen-  
setzung

Der Güterstand der Gütergemeinschaft umfasst das Gesamtgut und das Eigengut jedes Ehegatten.

#### Art. 222

II. Gesamtgut  
1. Allgemeine  
Gütergemein-  
schaft

<sup>1</sup> Die allgemeine Gütergemeinschaft vereinigt das Vermögen und die Einkünfte der Ehegatten zu einem Gesamtgut, mit Ausnahme der Gegenstände, die von Gesetzes wegen Eigengut sind.

<sup>2</sup> Das Gesamtgut gehört beiden Ehegatten ungeteilt.

<sup>3</sup> Kein Ehegatte kann über seinen Anteil am Gesamtgut verfügen.

#### Art. 223

2. Beschränkte  
Gütergemein-  
schaften  
a. Errungen-  
schaftsgemein-  
schaft

<sup>1</sup> Die Ehegatten können durch Ehevertrag die Gemeinschaft auf die Errungenschaft beschränken.

<sup>2</sup> Die Erträge des Eigengutes fallen in das Gesamtgut.

#### Art. 224

b. Andere  
Gütergemein-  
schaften

<sup>1</sup> Die Ehegatten können durch Ehevertrag bestimmte Vermögenswerte oder Arten von Vermögenswerten, wie Grundstücke, den Arbeiterwerb eines Ehegatten oder Vermögenswerte, mit denen dieser einen Beruf ausübt oder ein Gewerbe betreibt, von der Gemeinschaft ausschliessen.

<sup>2</sup> Sofern nichts anderes vereinbart ist, fallen die Erträge dieser Vermögenswerte nicht in das Gesamtgut.

#### Art. 225

III. Eigengut

<sup>1</sup> Eigengut entsteht durch Ehevertrag, durch Zuwendung Dritter oder von Gesetzes wegen.

<sup>2</sup> Von Gesetzes wegen umfasst das Eigengut jedes Ehegatten die Gegenstände, die ihm ausschliesslich zum persönlichen Gebrauch dienen, sowie die Genugtuungsansprüche.

<sup>3</sup> Was ein Ehegatte als Pflichtteil zu beanspruchen hat, kann ihm von seinen Verwandten nicht als Eigengut zugewendet werden, sofern der Ehevertrag vorsieht, dass diese Vermögenswerte Gesamtgut sind.

*Art. 226*

IV. Beweis

Alle Vermögenswerte gelten als Gesamtgut, solange nicht bewiesen ist, dass sie Eigengut eines Ehegatten sind.

*Art. 227*

B. Verwaltung  
und Verfügung  
I. Gesamtgut  
1. Ordentliche  
Verwaltung

<sup>1</sup> Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut im Interesse der ehelichen Gemeinschaft.

<sup>2</sup> Jeder Ehegatte kann in den Schranken der ordentlichen Verwaltung die Gemeinschaft verpflichten und über das Gesamtgut verfügen.

*Art. 228*

2. Ausserordentliche Verwaltung

<sup>1</sup> Die Ehegatten können ausser für die ordentliche Verwaltung nur gemeinsam oder der eine nur mit Einwilligung des andern die Gemeinschaft verpflichten und über das Gesamtgut verfügen.

<sup>2</sup> Dritte dürfen diese Einwilligung voraussetzen, sofern sie nicht wissen oder wissen sollten, dass sie fehlt.

<sup>3</sup> Die Bestimmungen über die Vertretung der ehelichen Gemeinschaft bleiben vorbehalten.

*Art. 229*

3. Beruf oder Gewerbe der Gemeinschaft

Übt ein Ehegatte mit Zustimmung des andern mit Mitteln des Gesamtgutes allein einen Beruf aus oder betreibt er allein ein Gewerbe, so kann er alle Rechtsgeschäfte vornehmen, die diese Tätigkeiten mit sich bringen.

*Art. 230*

4. Ausschlagung und Annahme von Erbschaften

<sup>1</sup> Ohne Zustimmung des andern kann ein Ehegatte weder eine Erbschaft, die ins Gesamtgut fallen würde, ausschlagen noch eine überschuldete Erbschaft annehmen.

<sup>2</sup> Kann der Ehegatte diese Zustimmung nicht einholen oder wird sie ihm ohne triftigen Grund verweigert, so kann er den Richter an seinem Wohnsitz anrufen.

*Art. 231*

5. Verantwortlichkeit und Verwaltungskosten

<sup>1</sup> Für Handlungen, die das Gesamtgut betreffen, ist jeder Ehegatte bei Auflösung des Güterstandes gleich einem Beauftragten verantwortlich.

<sup>2</sup> Die Kosten der Verwaltung werden dem Gesamtgut belastet.



*Art. 232*

II. Eigengut

<sup>1</sup> Innerhalb der gesetzlichen Schranken verwaltet jeder Ehegatte sein Eigengut und verfügt darüber.

<sup>2</sup> Fallen die Erträge in das Eigengut, werden die Kosten der Verwaltung diesem belastet.

*Art. 233*

C. Haftung gegenüber Dritten  
I. Vollschulden

Jeder Ehegatte haftet mit seinem Eigengut und dem Gesamtgut:

1. für Schulden, die er in Ausübung seiner Befugnisse zur Vertretung der ehelichen Gemeinschaft oder zur Verwaltung des Gesamtgutes eingeht;
2. für Schulden, die er in Ausübung eines Berufes oder Gewerbes eingeht, sofern für diese Mittel des Gesamtgutes verwendet werden oder deren Erträge ins Gesamtgut fallen;
3. für Schulden, für die auch der andere Ehegatte persönlich einzustehen hat;
4. für Schulden, bei welchen die Ehegatten mit dem Dritten vereinbart haben, dass das Gesamtgut neben dem Eigengut des Schuldners haftet.

*Art. 234*

II. Eigenschulden

<sup>1</sup> Für alle übrigen Schulden haftet ein Ehegatte nur mit seinem Eigengut und der Hälfte des Wertes des Gesamtgutes.

<sup>2</sup> Vorbehalten bleiben die Ansprüche wegen Bereicherung der Gemeinschaft.

*Art. 235*

D. Schulden zwischen Ehegatten

<sup>1</sup> Der Güterstand hat keinen Einfluss auf die Fälligkeit von Schulden zwischen Ehegatten.

<sup>2</sup> Bereitet indessen die Zahlung von Geldschulden oder die Erstattung geschuldeter Sachen dem verpflichteten Ehegatten ernstliche Schwierigkeiten, welche die eheliche Gemeinschaft gefährden, so kann er verlangen, dass ihm Fristen eingeräumt werden; die Forderung ist sicherzustellen, wenn es die Umstände rechtfertigen.

*Art. 236*

E. Auflösung des Güterstandes und Auseinandersetzung  
I. Zeitpunkt der Auflösung

<sup>1</sup> Der Güterstand wird mit dem Tod eines Ehegatten, mit der Vereinbarung eines andern Güterstandes oder mit der Konkurseröffnung über einen Ehegatten aufgelöst.

<sup>2</sup> Bei Scheidung, Trennung, Ungültigerklärung der Ehe oder gerichtlicher Anordnung der Gütertrennung wird die Auflösung des Güterstandes auf den Tag zurückbezogen, an dem das Begehren eingereicht worden ist.

<sup>3</sup> Für die Zusammensetzung des Gesamtgutes und des Eigengutes ist der Zeitpunkt der Auflösung des Güterstandes massgebend.

*Art. 237*

II. Zuweisung zum Eigengut

Die Kapitalleistung, die ein Ehegatte von einer Vorsorgeeinrichtung oder wegen Arbeitsunfähigkeit erhalten hat und die Gesamtgut geworden ist, wird im Betrag des Kapitalwertes der Rente, die dem Ehegatten bei Auflösung des Güterstandes zustünde, dem Eigengut zugerechnet.

*Art. 238*

III. Ersatzforderungen zwischen Gesamtgut und Eigengut

<sup>1</sup> Bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung bestehen zwischen dem Gesamtgut und dem Eigengut jedes Ehegatten Ersatzforderungen, wenn Schulden, die die eine Vermögensmasse belasten, mit Mitteln der andern bezahlt worden sind.

<sup>2</sup> Eine Schuld belastet die Vermögensmasse, mit welcher sie zusammenhängt, im Zweifel aber das Gesamtgut.

*Art. 239*

IV. Mehrwertanteil

Hat das Eigengut eines Ehegatten oder das Gesamtgut zum Erwerb, zur Verbesserung oder zur Erhaltung eines Vermögensgegenstandes einer andern Vermögensmasse beigetragen, so gelten sinngemäss die Bestimmungen über den Mehrwertanteil bei der Errungenschaftsbeteiligung.

*Art. 240*

V. Wertbestimmung

Massgebend für den Wert des bei Auflösung des Güterstandes vorhandenen Gesamtgutes ist der Zeitpunkt der Auseinandersetzung.

*Art. 241*

VI. Teilung  
1. Bei Tod oder Vereinbarung eines andern Güterstandes

<sup>1</sup> Wird die Gütergemeinschaft durch Tod eines Ehegatten oder durch Vereinbarung eines andern Güterstandes aufgelöst, so steht jedem Ehegatten oder seinen Erben die Hälfte des Gesamtgutes zu.

<sup>2</sup> Durch Ehevertrag kann eine andere Teilung vereinbart werden.

<sup>3</sup> Solche Vereinbarungen dürfen die Pflichtteilsansprüche der Nachkommen nicht beeinträchtigen.

*Art. 242*

2. In den übrigen Fällen

<sup>1</sup> Bei Scheidung, Trennung, Ungültigerklärung der Ehe oder Eintritt der gesetzlichen oder gerichtlichen Gütertrennung nimmt jeder Ehegatte vom Gesamtgut zurück, was unter der Errungenschaftsbeteiligung sein Eigengut wäre.

<sup>2</sup> Das übrige Gesamtgut fällt den Ehegatten je zur Hälfte zu.

<sup>3</sup> Vereinbarungen über die Änderung der gesetzlichen Teilung gelten nur, wenn der Ehevertrag dies ausdrücklich vorsieht.

*Art. 243*

VII. Durchführung der Teilung  
1. Eigengut

Wird die Gütergemeinschaft durch Tod eines Ehegatten aufgelöst, so kann der überlebende Ehegatte verlangen, dass ihm auf Anrechnung überlassen wird, was unter der Errungenschaftsbeteiligung sein Eigengut wäre.

*Art. 244*

2. Wohnung und Hausrat

<sup>1</sup> Gehören das Haus oder die Wohnung, worin die Ehegatten gelebt haben, oder Hausratsgegenstände zum Gesamtgut, so kann der überlebende Ehegatte verlangen, dass ihm das Eigentum daran auf Anrechnung zugeteilt wird.

<sup>2</sup> Wo die Umstände es rechtfertigen, kann auf Verlangen des überlebenden Ehegatten oder der andern gesetzlichen Erben des Verstorbenen statt des Eigentums die Nutzniessung oder ein Wohnrecht eingeräumt werden.

<sup>3</sup> Wird die Gütergemeinschaft nicht durch Tod aufgelöst, kann jeder Ehegatte diese Begehren stellen, wenn er ein überwiegendes Interesse nachweist.

*Art. 245*

3. Andere Vermögenswerte

Weist ein Ehegatte ein überwiegendes Interesse nach, so kann er verlangen, dass ihm auch andere Vermögenswerte auf Anrechnung zugeteilt werden.

*Art. 246*

4. Andere Teilungsvorschriften

Im übrigen gelten die Bestimmungen über die Teilung von Miteigentum und die Durchführung der Erbteilung sinngemäss.

## Vierter Abschnitt: Die Gütertrennung

### Art. 247

A. Verwaltung,  
Nutzung und  
Verfügung  
I. Im allgemein-  
en

Innerhalb der gesetzlichen Schranken verwaltet und nutzt jeder Ehegatte sein Vermögen und verfügt darüber.

### Art. 248

II. Beweis

<sup>1</sup> Wer behauptet, ein bestimmter Vermögenswert sei Eigentum des einen oder andern Ehegatten, muss dies beweisen.

<sup>2</sup> Kann dieser Beweis nicht erbracht werden, so wird Miteigentum beider Ehegatten angenommen.

### Art. 249

B. Haftung ge-  
genüber Dritten

Jeder Ehegatte haftet für seine Schulden mit seinem gesamten Vermögen.

### Art. 250

C. Schulden  
zwischen Ehe-  
gatten

<sup>1</sup> Der Güterstand hat keinen Einfluss auf die Fälligkeit von Schulden zwischen Ehegatten.

<sup>2</sup> Bereitet indessen die Zahlung von Geldschulden oder die Erstattung geschuldeter Sachen dem verpflichteten Ehegatten ernstliche Schwierigkeiten, welche die eheliche Gemeinschaft gefährden, so kann er verlangen, dass ihm Fristen eingeräumt werden; die Forderung ist sicherzustellen, wenn es die Umstände rechtfertigen.

### Art. 251

D. Zuweisung  
bei Miteigentum

Steht ein Vermögenswert im Miteigentum und weist ein Ehegatte ein überwiegendes Interesse nach, so kann er bei Auflösung des Güterstandes neben den übrigen gesetzlichen Massnahmen verlangen, dass ihm dieser Vermögenswert gegen Entschädigung des andern Ehegatten ungeteilt zugewiesen wird.

2. Weitere Bestimmungen des Zivilgesetzbuches<sup>1)</sup> werden wie folgt geändert:

### Art. 25

c. Wohnsitz  
nicht selbständi-  
ger Personen

<sup>1</sup> Als Wohnsitz des Kindes unter elterlicher Gewalt gilt der Wohnsitz der Eltern oder, wenn die Eltern keinen gemeinsamen Wohn-

<sup>1)</sup> SR 210

sitz haben, der Wohnsitz des Elternteils, unter dessen Obhut das Kind steht; in den übrigen Fällen gilt sein Aufenthaltsort als Wohnsitz.

<sup>2</sup> Bevormundete Personen haben ihren Wohnsitz am Sitz der Vormundschaftsbehörde.

*Art. 30 Abs. 2*

<sup>2</sup> Das Gesuch der Brautleute, von der Trauung an den Namen der Ehefrau als Familiennamen zu führen, ist zu bewilligen, wenn achtenswerte Gründe vorliegen.

*Art. 134*

2. Für die Ehegatten

<sup>1</sup> Wird die Ehe für ungültig erklärt, so behält die Frau, die sich bei der Trauung in gutem Glauben befunden hat, das durch die Heirat erworbene Bürgerrecht.

<sup>2</sup> Der Ehegatte, der seinen Namen geändert hat, behält den bei der Heirat erworbenen Familiennamen, sofern er nicht binnen sechs Monaten, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden ist, gegenüber dem Zivilstandsbeamten erklärt, dass er den angestammten Namen oder den Namen, den er vor der Heirat trug, wieder führen will.

<sup>3</sup> Für die güterrechtliche Auseinandersetzung sowie die Ansprüche der Ehegatten auf Entschädigung, Unterhalt oder Genugtuung gelten die gleichen Vorschriften wie bei der Scheidung.

*Art. 145*

III Vorsorgliche Massnahmen

<sup>1</sup> Ist die Klage eingereicht, so kann jeder Ehegatte für die Dauer des Prozesses den gemeinsamen Haushalt aufheben.

<sup>2</sup> Der Richter trifft die nötigen vorsorglichen Massnahmen, namentlich in bezug auf die Wohnung und den Unterhalt der Familie, die güterrechtlichen Verhältnisse und die Obhut über die Kinder.

*Art. 149*

IV. Stellung der geschiedenen Frau

<sup>1</sup> Die geschiedene Frau behält das durch die Heirat erworbene Bürgerrecht.

<sup>2</sup> Der Ehegatte, der seinen Namen geändert hat, behält den bei der Heirat erworbenen Familiennamen, sofern er nicht binnen sechs Monaten, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden ist, gegenüber dem Zivilstandsbeamten erklärt, dass er den angestammten Namen oder den Namen, den er vor der Heirat trug, wieder führen will.

*Art. 154*

VII. Güterrechtliche Auseinandersetzung  
1. Bei Scheidung

<sup>1</sup> Für die güterrechtliche Auseinandersetzung gelten die besonderen Bestimmungen über das Güterrecht.

<sup>2</sup> Geschiedene Ehegatten haben zueinander kein gesetzliches Erbrecht und können aus Verfügungen von Todes wegen, die sie vor der Scheidung errichtet haben, keine Ansprüche erheben.

*Art. 155*

2. Bei Trennung

Mit der Trennung tritt von Gesetzes wegen Gütertrennung ein.

*Art. 270 Abs. 2*

<sup>2</sup> Sind sie nicht miteinander verheiratet, so erhält das Kind den Namen der Mutter, oder, wenn diese infolge früherer Eheschließung einen Doppelnamen führt, den ersten Namen.

*Art. 460*

IV. Umfang der Erbberechtigung

Mit dem Stamm der Grosseltern hört die Erbberechtigung der Verwandten auf.

*Art. 462*

B. Überlebender Ehegatte

Der überlebende Ehegatte erhält:

1. wenn er mit Nachkommen zu teilen hat, die Hälfte der Erbschaft;
2. wenn er mit Erben des elterlichen Stammes zu teilen hat, drei Viertel der Erbschaft;
3. wenn auch keine Erben des elterlichen Stammes vorhanden sind, die ganze Erbschaft.

*Art. 463 und 464*

*Aufgehoben*

*Art. 466*

D. Gemeinwesen

Hinterlässt der Erblasser keine Erben, so fällt die Erbschaft an den Kanton, in dem der Erblasser den letzten Wohnsitz gehabt hat, oder an die Gemeinde, die von der Gesetzgebung dieses Kantons als berechtigt bezeichnet wird.

*Art. 470 Abs. 1*

<sup>1</sup> Wer Nachkommen, Eltern oder den Ehegatten als seine nächsten Erben hinterlässt, kann bis zu deren Pflichtteil über sein Vermögen von Todes wegen verfügen.

*Art. 471*

II. Pflichtteil

Der Pflichtteil beträgt:

1. für einen Nachkommen drei Viertel des gesetzlichen Erbspruches;
2. für jedes der Eltern die Hälfte;
3. für den überlebenden Ehegatten die Hälfte.

*Art. 472*

*Aufgehoben*

*Art. 473 Abs. 3*

<sup>3</sup> Im Falle der Wiederverheiratung entfällt die Nutzniessung auf jenem Teil der Erbschaft, der im Zeitpunkt des Erbanges nach den ordentlichen Bestimmungen über den Pflichtteil der Nachkommen nicht hätte mit der Nutzniessung belastet werden können.

*Art. 561*

*Aufgehoben*

*Art. 612 a*

IV. Zuweisung der Wohnung und des Hausrates an den überlebenden Ehegatten

<sup>1</sup> Befinden sich das Haus oder die Wohnung, worin die Ehegatten gelebt haben, oder Hausratsgegenstände in der Erbschaft, so kann der überlebende Ehegatte verlangen, dass ihm das Eigentum daran auf Anrechnung zugeteilt wird.

<sup>2</sup> Wo die Umstände es rechtfertigen, kann auf Verlangen des überlebenden Ehegatten oder der andern gesetzlichen Erben des Verstorbenen statt des Eigentums die Nutzniessung oder ein Wohnrecht eingeräumt werden.

<sup>3</sup> An Räumlichkeiten, in denen der Erblasser einen Beruf ausübte oder ein Gewerbe betrieb und die ein Nachkomme zu dessen Weiterführung benötigt, kann der überlebende Ehegatte diese Rechte nicht beanspruchen; die Vorschriften des bürgerlichen Erbrechts bleiben vorbehalten.

*Art. 631 Abs. 2*

<sup>2</sup> Kindern, die noch in der Ausbildung stehen oder die gebrechlich sind, ist bei der Teilung ein angemessener Vorausbezug einzuräumen.

*Art. 635 Abs. 1*

<sup>1</sup> Verträge unter den Miterben über Abtretung der Erbanteile bedürfen zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Form.

*Art. 665 Abs. 3*

<sup>3</sup> Änderungen am Grundeigentum, die von Gesetzes wegen durch Gütergemeinschaft oder deren Auflösung eintreten, werden auf Anmeldung eines Ehegatten hin im Grundbuch eingetragen.

*Art. 747*

*Aufgehoben*

*Schlusstitel*

*Art. 8 Randtitel und Abs. 1*

C. Familienrecht  
I. Eheschliessung, Scheidung und Wirkungen der Ehe im allgemeinen  
1. Grundsatz

<sup>1</sup> Für die Eheschliessung, die Scheidung und die Wirkungen der Ehe im allgemeinen gilt das neue Recht, sobald das Bundesgesetz vom 5. Oktober 1984<sup>1)</sup> in Kraft getreten ist.

*Art. 8 a*

2. Name

Die Frau, die sich unter dem bisherigen Recht verheiratet hat, kann binnen Jahresfrist seit Inkrafttreten des neuen Rechts gegenüber dem Zivilstandsbeamten erklären, sie stelle den Namen, den sie vor der Heirat trug, dem Familiennamen voran.

*Art. 8 b*

3. Bürgerrecht

Die Schweizerin, die sich unter dem bisherigen Recht verheiratet hat, kann binnen Jahresfrist seit Inkrafttreten des neuen Rechts gegenüber der zuständigen Behörde ihres ehemaligen Heimatkantons erklären, sie nehme das Bürgerrecht, das sie als ledig hatte, wieder an.

*Art. 9*

II. Güterrecht  
der vor 1. Januar 1912 geschlossenen Ehen

Für die güterrechtlichen Wirkungen der Ehen, die vor dem 1. Januar 1912 geschlossen worden sind, gelten die an diesem Tag in Kraft getretenen Bestimmungen des Zivilgesetzbuches<sup>2)</sup> über die Anwendung bisherigen und neuen Rechts.

<sup>1)</sup> AS ...

<sup>2)</sup> BS 2 3



*Art. 9a*

ibis. Güterrecht  
der nach  
1. Januar 1912  
geschlossenen  
Ehen  
1. Im allgemei-  
nen

<sup>1</sup> Für die Ehen, die beim Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1984<sup>1)</sup> bestehen, gilt das neue Recht, soweit nichts anderes bestimmt ist.

<sup>2</sup> Für die güterrechtlichen Wirkungen der Ehen, die vor Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1984 aufgelöst worden sind, gilt das bisherige Recht.

*Art. 9b*

2. Wechsel von  
der Güterverbin-  
dung zur Errun-  
genschaftsbetei-  
ligung  
a. Änderung  
der Vermögens-  
massen

<sup>1</sup> Für Ehegatten, die bisher unter dem Güterstand der Güterverbindung gestanden haben, gelten im Verhältnis untereinander und gegenüber Dritten die Vorschriften über die Errungenschaftsbeteiligung.

<sup>2</sup> Die Vermögenswerte jedes Ehegatten werden sein Eigengut oder seine Errungenschaft gemäss den Vorschriften über die Errungenschaftsbeteiligung; durch Ehevertrag begründetes Sondergut wird Eigengut.

<sup>3</sup> Die Frau nimmt ihr eingebrachtes Gut, das ins Eigentum des Mannes übergegangen ist, in ihr Eigentum zurück oder macht hierfür eine Ersatzforderung geltend.

*Art. 9c*

b. Vorrecht

Die bisherigen Bestimmungen über die Ersatzforderungen der Ehefrau für das eingebrachte und nicht mehr vorhandene Frauengut bei Konkurs und Pfändung von Vermögenswerten des Ehemannes bleiben nach Inkrafttreten des neuen Rechts noch zehn Jahre anwendbar.

*Art. 9d*

c. Güterrecht-  
liche Ausein-  
dersetzung unter  
dem neuen  
Recht

<sup>1</sup> Nach Inkrafttreten des neuen Rechts richtet sich die güterrechtliche Auseinandersetzung unter den Ehegatten für die ganze Dauer des früheren und des neuen ordentlichen Güterstandes nach den Vorschriften über die Errungenschaftsbeteiligung, es sei denn, die Ehegatten haben im Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Rechts die güterrechtliche Auseinandersetzung nach den Bestimmungen über die Güterverbindung bereits abgeschlossen.

<sup>2</sup> Vor Inkrafttreten des neuen Rechts kann jeder Ehegatte dem andern schriftlich bekanntgeben, dass der bisherige Güterstand der Güterverbindung nach den Bestimmungen des früheren Rechts aufgelöst werden müsse.

<sup>1)</sup> AS ...

<sup>3</sup> Wird der Güterstand aufgelöst, weil eine vor dem Inkrafttreten des neuen Rechts erhobene Klage gutgeheissen worden ist, so richtet sich die güterrechtliche Auseinandersetzung nach dem bisherigen Recht.

*Art. 9e*

3. Beibehaltung der Güterverbindung

<sup>1</sup> Ehegatten, die unter dem ordentlichen Güterstand der Güterverbindung stehen, ohne diesen Güterstand ehevertraglich geändert zu haben, können bis spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Rechts durch Einreichung einer gemeinsamen schriftlichen Erklärung beim Güterrechtsregisteramt an ihrem Wohnsitz vereinbaren, die Güterverbindung beizubehalten; das Güterrechtsregisteramt führt ein Verzeichnis der Beibehaltserklärungen, das jedermann einsehen kann.

<sup>2</sup> Dritten kann der Güterstand nur entgegengehalten werden, wenn sie ihn kennen oder kennen sollten.

<sup>3</sup> Für das Sondergut der Ehegatten gelten inskünftig die neuen Vorschriften über die Gütertrennung.

*Art. 9f*

4. Beibehaltung der gesetzlichen oder gerichtlichen Gütertrennung

Ist von Gesetzes wegen oder auf Anordnung des Richters Gütertrennung eingetreten, so gelten für die Ehegatten die neuen Bestimmungen über die Gütertrennung.

*Art. 10*

5. Ehevertrag  
a. Im allgemeinen

<sup>1</sup> Haben die Ehegatten nach den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907<sup>1)</sup> einen Ehevertrag abgeschlossen, so gilt dieser Ehevertrag weiter und ihr gesamter Güterstand bleibt unter Vorbehalt der Bestimmungen dieses Titels über das Sondergut, die Rechtskraft gegenüber Dritten und über die vertragliche Gütertrennung den bisherigen Bestimmungen unterstellt.

<sup>2</sup> Für das Sondergut der Ehegatten gelten inskünftig die neuen Vorschriften über die Gütertrennung.

<sup>3</sup> Vereinbarungen über die Vor- und Rückschlagsbeteiligung bei der Güterverbindung dürfen die Pflichtteilsansprüche der nichtgemeinsamen Kinder und deren Nachkommen nicht beeinträchtigen.

*Art. 10a*

b. Rechtskraft gegenüber Dritten

<sup>1</sup> Dritten kann der Güterstand nur entgegengehalten werden, wenn sie ihn kennen oder kennen sollten.

<sup>1)</sup> BS 2 3

<sup>2</sup> Hat der Ehevertrag keine Rechtskraft gegenüber Dritten, so gelten im Verhältnis zu ihnen fortan die Bestimmungen über die Errungenschaftsbeteiligung.

*Art. 10b*

c. Unterstellung unter das neue Recht

<sup>1</sup> Ehegatten, die unter Güterverbindung stehen, diesen Güterstand aber ehevertraglich geändert haben, können bis spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Rechts durch Einreichung einer gemeinsamen schriftlichen Erklärung beim Güterrechtsregisteramt an ihrem Wohnsitz vereinbaren, ihre Rechtsverhältnisse dem neuen ordentlichen Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung zu unterstellen.

<sup>2</sup> In diesem Falle gilt die vertragliche Beteiligung am Vorschlag inskünftig für die Gesamtsumme des Vorschlages beider Ehegatten, sofern nicht durch Ehevertrag etwas anderes vereinbart wird.

*Art. 10c*

d. Vertragliche Gütertrennung nach bisherigem Recht

Haben die Ehegatten unter dem bisherigen Recht Gütertrennung vereinbart, so gelten für sie inskünftig die neuen Bestimmungen über die Gütertrennung.

*Art. 10d*

e. Im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Rechts abgeschlossene Eheverträge

Eheverträge, die vor dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1984<sup>1)</sup> geschlossen werden, aber erst unter dem neuen Recht ihre Wirkungen entfalten sollen, bedürfen nicht der Genehmigung der Vormundschaftsbehörde.

*Art. 10e*

f. Güterrechtsregister

<sup>1</sup> Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1984<sup>1)</sup> werden keine neuen Eintragungen im Güterrechtsregister mehr vorgenommen.

<sup>2</sup> Das Recht, ins Register Einsicht zu nehmen, bleibt gewahrt.

*Art. 11*

6. Tilgung von Schulden bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung

Bereitet bei einer güterrechtlichen Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts die Zahlung von Geldschulden oder die Erstattung geschuldeter Sachen dem verpflichteten Ehegatten ernstliche Schwierigkeiten, so kann er verlangen, dass ihm Zahlungsfristen eingeräumt werden; die Forderung ist sicherzustellen, wenn es die Umstände rechtfertigen.

<sup>1)</sup> AS ...

*Art. 11 a*

7. Schutz der  
Gläubiger

Ändert sich das eheliche Güterrecht mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1984<sup>1)</sup>, so gelten für die Haftung die Bestimmungen über den Schutz der Gläubiger bei Änderung des Güterstandes.

*Art. 59 Abs. 2*

*Aufgehoben*

II

**Änderung anderer Erlasse**

I. Das Bundesgesetz vom 25. Juni 1891<sup>2)</sup> betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter wird wie folgt geändert:

*Art. 20 Abs. 1*

<sup>1</sup> Wenn die Ehegatten ihren Wohnsitz wechseln, so können sie durch Einreichung einer gemeinschaftlichen Erklärung bei der zuständigen Amtsstelle (Art. 36 Bst. b) ihre Rechtsverhältnisse auch unter sich dem Recht des neuen Wohnsitzes unterstellen.

*Art. 36 Bst. b*

Die Kantone bezeichnen:

- b. die zur Entgegennahme von Erklärungen gemäss Artikel 20 zuständige Amtsstelle.

2. Das Obligationenrecht<sup>3)</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 271 a*

VII. Familien-  
wohnung

<sup>1</sup> Dient die gemietete Sache dem Mieter als Familienwohnung, so muss der Vermieter oder Erwerber der Mietsache die Kündigung oder andere Erklärungen, welche die Beendigung des Mietverhältnisses bezwecken, gesondert an den Mieter und an dessen Ehegatten richten.

<sup>2</sup> Die Rechte des Mieters gegen diese Erklärungen des Vermieters, namentlich das Recht auf Erstreckung des Mietverhältnisses, kann auch der Ehegatte ausüben.

<sup>1)</sup> AS ...

<sup>2)</sup> SR 211.435.1

<sup>3)</sup> SR 220

<sup>3</sup> Der Mieter kann den Mietvertrag nur mit Zustimmung seines Ehegatten nach den Bestimmungen des Eherechts kündigen.

*Art. 494 Abs. 4*

*Aufgehoben*

3. Das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs<sup>1)</sup> wird wie folgt geändert:

### **Vbis. Betreibung eines in Gütergemeinschaft lebenden Ehegatten**

*Art. 68a*

<sup>1</sup> Wird ein in Gütergemeinschaft lebender Ehegatte betrieben, so sind der Zahlungsbefehl und alle übrigen Betreibungsurkunden auch dem andern Ehegatten zuzustellen; das Betreibungsamt holt diese Zustellung unverzüglich nach, wenn erst im Laufe des Verfahrens geltend gemacht wird, dass der Schuldner der Gütergemeinschaft untersteht.

<sup>2</sup> Jeder Ehegatte kann Rechtsvorschlag erheben.

<sup>3</sup> Will der Schuldner oder sein Ehegatte nur geltend machen, dass nicht das Gesamtgut, sondern lediglich das Eigengut und der Anteil des Schuldners am Gesamtgut hafte, so hat er den Rechtsvorschlag zu begründen.

*Art. 68b*

<sup>1</sup> Jeder Ehegatte kann im Widerspruchsverfahren (Art. 106–109) geltend machen, dass ein gepfändeter Wert zum Eigengut des Ehegatten des Schuldners gehört.

<sup>2</sup> Beschränkt sich die Betreibung neben dem Eigengut auf den Anteil des Schuldners am Gesamtgut, so kann sich überdies jeder Ehegatte im Widerspruchsverfahren (Art. 106–109) der Pfändung von Gegenständen des Gesamtgutes widersetzen.

<sup>3</sup> Wird die Betreibung auf Befriedigung aus dem Eigengut und dem Anteil am Gesamtgut fortgesetzt, so richtet sich die Pfändung und die Verwertung des Anteils am Gesamtgut nach Artikel 132.

<sup>4</sup> Der Anteil eines Ehegatten am Gesamtgut kann nicht versteigert werden.

<sup>5</sup> Die Aufsichtsbehörde kann beim Richter die Anordnung der Gütertrennung verlangen.

<sup>1)</sup> SR 281.1

*Art. 95 a*

Forderungen des Schuldners gegen seinen Ehegatten werden nur gepfändet, soweit sein übriges Vermögen nicht ausreicht.

*Art. 107 Abs. 5*

*Aufgehoben*

*Art. 219 Abs. 4 vierte Klasse Bst. a*

*Aufgehoben*

*Art. 219 Abs. 4 fünfte Klasse*

Alle übrigen Forderungen.

4. Das Bundesgesetz vom 29. April 1920<sup>1)</sup> betreffend die öffentlich-rechtlichen Folgen der fruchtlosen Pfändung und des Konkurses wird wie folgt geändert:

*Art. 2 a*

Kommt ein Ehegatte gegenüber dem andern zu Verlust, so dürfen keine öffentlich-rechtlichen Folgen der fruchtlosen Pfändung und des Konkurses ausgesprochen werden.

### III

#### **Inkrafttreten**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

<sup>3</sup> Soweit mit diesem Bundesgesetz andere Gesetze als das Zivilgesetzbuch geändert werden, finden deren Übergangsbestimmungen Anwendung.

Ständerat, 5. Oktober 1984

Der Präsident: Debétaz

Die Sekretärin: Huber

Nationalrat, 5. Oktober 1984

Der Präsident: Gautier

Der Protokollführer: Koehler

Datum der Veröffentlichung: 16. Oktober 1984<sup>1)</sup>

Ablauf der Referendumsfrist: 14. Januar 1985

6592

<sup>1)</sup> BBl 1984 III 19

## **Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht) Änderung vom 5. Oktober 1984**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	41
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.10.1984
Date	
Data	
Seite	19-49
Page	
Pagina	
Ref. No	10 049 424

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.